

Mainz, 26.01.2016

Antrag 0223/2016 zur Sitzung Stadtrat am 03.02.2016

Frauenpartizipation (SPD, DIE GRÜNEN, FDP)

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird gebeten, die Empfehlung aus dem Paritätsbericht der Landesregierung zur Analyse von WählerInnenverhalten in Bezug auf BewerberInnen umzusetzen.
2. Statistische Daten werden im Sinne der Handlungsempfehlung erhoben, ergänzt und vervollständigt.
3. Bei zukünftigen (Kommunal-)wahlen werden stichprobenartig statistische Daten der WählerInnen nach Altersgruppen und Geschlecht erhoben

Begründung:

Die 2015 erstmals nach einer Kommunalwahl vorgelegte umfassende Paritätsstatistik des Landes gibt Aufschluss darüber, dass der Anteil der Mandatsträgerinnen in den rheinland-pfälzischen Kommunalparlamenten 2014 im Vergleich zur Wahl 2009 nur um 1,9 Prozent (von 16,8 auf 18,7 Prozent) gesteigert werden konnte.

Auch wenn die Zahl der Mandatsträgerinnen im Mainzer Stadtrat und in vielen Ortsbeiräten erheblich über dem Landesergebnis liegt, kann von Chancengleichheit bei Wahlen noch keine Rede sein. Hier stehen alle antretenden Parteien und Wahlgruppierungen in der Pflicht, gleichermaßen Wahlbewerberinnen und Wahlbewerber auf ihren Listen zu berücksichtigen und ihre innerparteiliche Arbeit zur Förderung von Frauen zu gestalten.

Um aber künftig gezielter analysieren zu können, wie sich das Geschlechterverhältnis bei Kommunalwahlen in Mainz abbildet, ist es notwendig, genauere statistische Daten zur Verfügung zu haben. Ebenso notwendig ist eine Analyse des Wählerinnen- und Wählerverhaltens durch Kumulieren und Panaschieren und den damit verbundenen Auswirkungen auf die Wahlchancen von Frauen und Männern.

In Weiterführung der bereits seit langem vom Frauenbüro erarbeiteten Darstellungen von Kommunalwahlergebnissen, fordern wir die Verwaltung auf, analog der landesweiten Paritätsstatistik nach der Kommunalwahl 2019 Zahlen für Mainz auszuwerten und den Gremien zur Verfügung zu stellen.

Über die vom Wahlbüro zu erhebenden Daten hinaus, regen wir an, durch repräsentative Befragung von Wählerinnen und Wählern mehr über das Wahlverhalten zugunsten oder zuungunsten von Frauen zu erfahren. Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen, ob durch eine Kooperation mit der Universität, der Hochschule oder der Presse eine solche Befragung realisierbar ist.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Dr. Eckart Lensch	Sylvia Köbler-Gross	Walter Koppius
SPD	DIE GRÜNEN	FDP